

Die Terroranschläge in den USA und die Folgen für die Weltwirtschaft

Am 11. September 2001 wurden die USA mit der Zerstörung des World Trade Center in New York und den Attacken auf das Pentagon in Washington vom größten Terroranschlag der Geschichte erschüttert. Welche Auswirkungen dieses Attentat auf die internationale Politik und die Weltwirtschaft haben wird, lässt sich heute noch nicht absehen. In den folgenden drei Beiträgen versucht das ifo Institut, erste Einschätzungen der Folgen dieses Terroranschlages zu geben. Im ersten Beitrag werden die Kosten, die bei der Behebung der durch den Terrorangriff eingetretenen materiellen Schäden und Outputverlusten entstehen werden, geschätzt. Im Anschluss daran wird versucht, durch einen Vergleich mit den Geschehnissen während des Golfkrieges in den Jahren 1990/1991 erste Erkenntnisse bezüglich der Reaktionen wichtiger Märkte und der Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Der dritte Beitrag setzt sich mit der politischen Bedeutung Afghanistans für die Kontrolle der strategischen Rohstoffe in Zentralasien auseinander.

Materielle Kosten der Anschläge vom 11. September und kurzfristige Wirkungen auf die US-Wirtschaft

Rigmar Osterkamp

»Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit«, sagt schon ein altes römisches Sprichwort. Aber mangelnde Wachsamkeit hat auch ihren Preis. Im Folgenden wird gefragt, mit welchen Kosten bei der Behebung der durch den Terrorangriff eingetretenen materiellen Schäden und Outputverlusten gerechnet werden muss und wie hoch diese sind im Vergleich mit den Schäden großer Erdbeben.

Die beiden Türme des World Trade Center beherbergten 1 200 Mieter, von denen die meisten Finanzinstitute, internationale Organisationen und Anwaltskanzleien waren. Die Bürofläche betrug 1,1 Mill. m², was auf den ersten Blick viel zu sein scheint, aber nur 3,2% der Bürofläche Manhattans und nur 0,34% der Bürofläche der USA ausmacht. Weniger Angaben gibt es zum Pentagon, aber auch hier werden erste Schadensschätzungen gemacht.

Die Kosten der Wiedererrichtung des WTC und Pentagon werden auf etwa 4 Mrd. US-Dollar veranschlagt. Damit ist aber nur ein kleiner Teil der (direkten) Kosten erfasst, die von der Terrorattacke verursacht wurden. Diese dürften sich insgesamt auf etwa 30 Mrd. US-Dollar belaufen (vgl. Tab. 1).

Tab. 1
Der Angriff auf das WTC und Pentagon
– direkte materiellen Kosten, in Mrd. US-\$

Wiederaufbau des WTC	3
Wiederaufbau des Pentagon	1
Kosten der vier Flugzeuge	1
Beseitigung der Ruinen, Sanierung/Wiederaufbau der Nachbargebäude	2
Infrastruktur der Finanzinstitute im WTC, einschl. Ausweichkosten	16
Infrastruktur Pentagon	4
Gewinnausfall im WTC	2
Lebensversicherungsleistungen	3
Summe	gut 30

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts anhand diverser zugänglicher Datenquellen.

Mit 16 Mrd. US-Dollar ist dabei der bei weitem größte Posten die technische Infrastruktur der im WTC ansässig gewesenen Finanzinstitute (vgl. Tab. 2).

Die genannten gut 30 Mrd. US-Dollar umfassen nur die direkt entstandenen materiellen Kosten, nicht jene, die aus Minderungen der Produktion bzw. der

Tab. 2
Zerstörte technische Infrastruktur der Finanzinstitute im WTC, in Mrd. US-\$

Server, PC, übrige IT	8
Telefonanlagen, übrige Telekommunikation	6
Ausweichkosten	2
Summe	16

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts anhand diverser zugänglicher Datenquellen.

Wertschöpfung bei verbundenen und indirekt betroffenen Branchen resultieren. Dazu zählen vor allem die Fluglinien, der Ferntourismus und die Flugzeugindustrie. Allerdings stehen später solchen Minderungen auf der anderen Seite auch Steigerungen der Produktion bei bestimmten Branchen gegenüber, zu denen insbesondere die Rüstungs- und Sicherheitstechnik zählen dürften.

Auch die Verluste an Menschenleben haben neben ihrer tragisch-menschlichen eine materielle Komponente. Ein Teil dieser materiellen Schäden schlägt sich in den Versicherungsleistungen für Personenschäden nieder. Bei der Berechnung der entsprechenden Angabe in Tabelle 1 wurde angenommen, dass sich diese Versicherungsleistung auf eine Lebensversicherungssumme von 500 000 US-Dollar pro Person beläuft, bei etwa 6 000 Toten also auf den Betrag von über 3 Mrd. US-Dollar. Die durch die Menschenverluste indirekt entstehenden Kosten – und die Folgewirkungen auf Produktion und Produktivität – dürften aber weit höher liegen, da das Humankapital der im WTC und im Pentagon Beschäftigten überdurchschnittlich hoch gewesen sein dürfte.

Man könnte vermuten, dass in Tabelle 2 auch die Kostenposition »Datenverluste« auftauchen müsste. Das ist aber nicht der Fall. Die Quellen gehen übereinstimmend davon aus, dass die meisten Finanzinstitute ihre Kundendaten durch räumlich ausgelagerte Kopien ausreichend und aktuell gesichert haben.

Mark M. Zandi, Chefökonom der Economy.com., Inc. in Philadelphia schätzt den wirtschaftlichen Outputverlust, der in den Sektoren Kommunikation, Sicherheit, Gaststätten, Hotels, Fluggesellschaften und anderen Transporteinrichtungen entsteht, bis Ende des Jahres auf 40 Mrd. US-Dollar. Den direkten Schaden schätzt er auf »nur« 20 Mrd. US-Dollar, da er die Infrastruktur der Firmeninstitute im WTC kaum berücksichtigt.

Der Gesamtverlust, der durch die »Attacken auf Amerika« entstanden ist, lässt sich danach auf 60 bis 70 Mrd. US-Dollar für den Zeitraum vom 11. September bis Jahresende 2001 veranschlagen, wobei der höhere Schadensumfang wohl den besseren Schätzwert darstellt.

Wie wirkt sich eine Schadenssumme von rund 70 Mrd. US-Dollar aus? Zur Beleuchtung dieser Frage soll ein Vergleich mit einigen großen Erdbeben angestellt werden (vgl. Tab. 3).

Auf die mittelfristige Entwicklung der Weltwirtschaft hatten die drei Erdbeben keinen erkennbaren negativen oder po-

Tab. 3
Schäden durch Erdbeben im Vergleich

Ort	Jahr	Wiederaufbaukosten, in Mrd. US-\$	Zahl der zerstörten Gebäude	Zahl der Toten
Loma Prieta, San Francisco, Kalifornien	1989	8	150	63
Northridge, Kalifornien	1994	15	4 000	57
Kobe, Japan	1995	100 – 150	180 000	5 500
<i>zum Vergleich:</i> WTC, Pentagon, vier Flugzeuge	2001	30	2 gänzlich 5 teilweise	6 000

Quellen: U.S. Geological Survey; eqe International (www.eqe.com); Zusammenstellung des ifo Instituts.

sitiven Einfluss. Nach dem verhältnismäßig kleinen Erdbeben in Loma Prieta 1989 hat sich das weltwirtschaftliche Wachstum in den beiden Folgejahren abgeschwächt – aber überwiegend wohl aus anderen Gründen. Dagegen wuchs die Weltwirtschaft in den Jahren nach den Erdbeben von Northridge und Kobe stärker als vorher – aber auch überwiegend aus anderen Gründen. Ein anhaltender Einfluss der aufgeführten Naturkatastrophen auf die Aktienkurse (Dow Jones oder Nikkei) ist ebenfalls nicht feststellbar.

Da es sich beim Disaster vom 11. September 2001 um ein »kriegerisches« Ereignis mit derzeit nicht absehbaren internationalen politischen Folgewirkungen handelt und die Lösung höchstens am Rande im Wiederaufbau zerstörter Güter besteht, resultiert daraus eine völlig andere Dynamik als im Falle von nationalen Naturkatastrophen. Diese Dynamik ist in ihren wirtschaftlichen Wirkungen derzeit nicht einschätzbar.

Die direkten physischen Schäden und Outputverluste führen nach der Kalkulation von Zandi zu einer Reduzierung des BIP der USA um 0,2% für 2001 und um 0,3% im Jahr 2002.

Ein Vergleich mit der wirtschaftlichen Situation während des Golfkriegs 1990/1991

Willi Leibfritz und Wolfgang Nierhaus

Am 11. September 2001 wurden die USA mit der Zerstörung des World Trade Center in New York und den Attacken auf das Pentagon in Washington vom größten Terroranschlag der Geschichte erschüttert. Zunächst löste das Attentat weltweit Panik- und Schockreaktionen aus. Der Ölpreis stieg zwischenzeitlich stark, in Europa brachen Börsen ein; ähnliches geschah auch an der Wall Street, als der Handel nach einer viertägigen Unterbrechung wieder aufgenommen wurde. Die weiteren Auswirkungen des Terrorangriffs und des erwarteten Gegenschlags der USA und ihrer Verbündeten auf die internationale und deutsche Konjunktur sind derzeit noch nicht abzusehen, alles hängt davon ab, wie nachhaltig die Reaktionen an den Märkten sein werden und wie sich die Situation im Nahen und Mittleren Osten infolge möglicher militärischer Gegenschläge zuspitzt. Im Folgenden wird versucht, durch einen Vergleich mit den Geschehnissen während des letzten großen militärischen Einsatzes der USA am Persischen Golf (vgl. Kasten) in den Jahren 1990/1991 erste Erkenntnisse bezüglich der Reaktionen wichtiger Märkte und der Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die jetzige Situation ihre eigene Dynamik hat, so dass ein Vergleich mit dem Golfkrieg nur beschränkt möglich ist.

Wirtschaftsklima

Nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait hat sich nach dem ifo Konjunkturtest International (KTI) das Wirtschaftsklima in den USA im Herbst 1990 stark eingetrübt (Abb. 1). Die vom ifo Institut befragten Experten schätzten nicht nur die aktuelle Lage negativer ein, sondern rechneten auch mit einer weiteren Verschlechterung. Im Frühjahr 1991 besserte sich das Wirtschaftsklima wieder. Zwar wurde die Lage noch ungünstiger beurteilt, doch verbesserten sich die Geschäftserwartungen deutlich. Auch in Europa und in der gesamten Weltwirtschaft verschlechterte sich im Herbst 1990 (und in Europa auch noch im Frühjahr 1991) das Wirtschaftsklima, allerdings bei weitem nicht so stark wie in den USA. Im Verlauf des Jahres 1991 hellte es sich wieder auf, insbesondere wegen der zuversichtlicheren Geschäftserwartungen. Das ifo Geschäftsklima hatte vor dem Golfkrieg noch eine Boomsituation signalisiert, insbesondere

wegen der Nachfragewirkungen der deutschen Vereinigung. Zu Beginn des Jahres 1991 gingen die Geschäftserwartungen zurück und anschließend wurde auch die wirtschaftliche Lage zunehmend ungünstiger beurteilt (Abb. 2). Im späteren Verlauf des Jahres 1992 und im Jahr 1993 rutschte dann dieser Indikator in den Rezessionsbereich. Dies hatte allerdings nichts mit den Wirkungen des Golfkriegs zu tun.

Im laufenden Jahr hat sich in den USA die wirtschaftliche Lage nach Ansicht der im ifo Konjunkturtest International befragten Experten bis zuletzt merklich verschlechtert. Allerdings sind die Erwartungen seit zwei Quartalen wieder deutlich aufwärts gerichtet, so dass sich auch das Wirtschaftsklima per Saldo wieder gebessert hatte. Auch in Deutschland meldeten die Unternehmen – den neuesten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zufolge – bis zuletzt eine eingetrübte Geschäftslage, während sich die Geschäftserwartungen zum zweiten Mal in Folge wieder aufhellten. Der ifo Konjunkturtest vom August wurde von drei Viertel der Firmen vor den Terroranschlägen in den USA beantwortet und von einem Viertel nachher. Nach unserer vorläufigen Auswertung ist kein signifikanter Unterschied zwischen den Meldungen festzustellen: Auch die Firmen, die später meldeten, waren hinsichtlich der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate nicht mehr so pessimistisch wie zuvor. Ob und wie stark sich die Terroranschläge in den USA auf das Wirtschaftsklima in Deutschland ausgewirkt haben, wird sich allerdings erst in den nächsten Monaten zeigen.

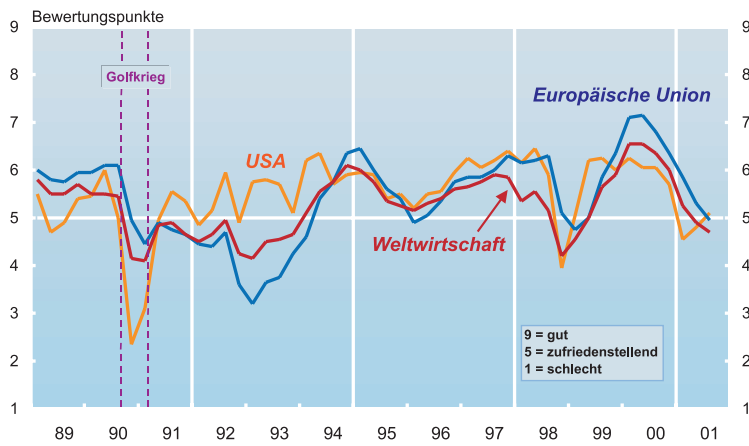
Verbrauchervertrauen

Schon vor dem Golfkrieg im Jahr 1990 hatte sich die Konsumentenstimmung in den USA eingetrübt (Abb. 3). Die Verschlechterung setzte sich verstärkt bis Januar/Febru-

Kasten Golfkrieg (»Operation Wüstensturm«)

Mit dem Begriff „Golfkrieg“ wird hier der 1991 geführte Krieg zwischen dem Irak und einem multinationalen Streitkräfteverband unter Führung der USA bezeichnet. Der Konflikt wurde eingeleitet durch den Vorwurf Iraks, Kuwait halte irakische Gebiete im Norden des Ölfeldes von Rumaila besetzt und entziehe dem Irak dadurch Erdöleinahmen. Nach vergeblichen Vermittlungsbemühungen anderer arabischer Staaten marschierten am 2. August 1990 irakische Truppen in Kuwait ein. Das Emirat wurde zur 19. irakischen Provinz erklärt. Als Reaktion verhängte der UN-Sicherheitsrat ein Handelsembargo gegen den Irak. Gleichzeitig leiteten die USA die »Operation Wüstensturm« ein und verlegte Truppenverbände nach Saudi-Arabien und in den Persischen Golf. Andere Staaten schlossen sich an. Am 29. November 1990 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, die die multinationalen Truppen für den Fall, dass der Irak Kuwait nicht bis zum 15. Januar 1991 räumen würde, zur Anwendung von Gewalt autorisierte. Die alliierten Truppen begannen am 17. Januar 1991 mit dem Luftkrieg gegen den Irak. Die am 24. Februar 1991 eingeleitete Bodenoffensive führte zur völligen Niederlage der irakischen Truppen und zur Befreiung Kuwaits. Nach der am 28. Februar 1991 vereinbarten Waffenruhe trat am 11. April 1991 ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft.

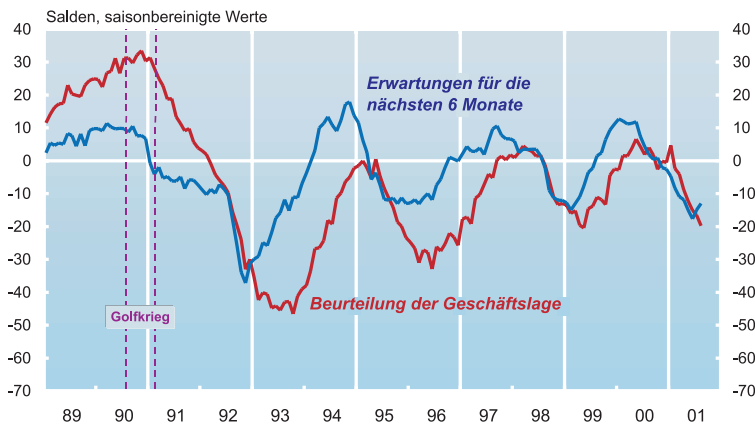
Abb. 1
ifo Wirtschaftsklima¹⁾ für Welt, USA und Europäische Union



1) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Ifo Economic Survey International.

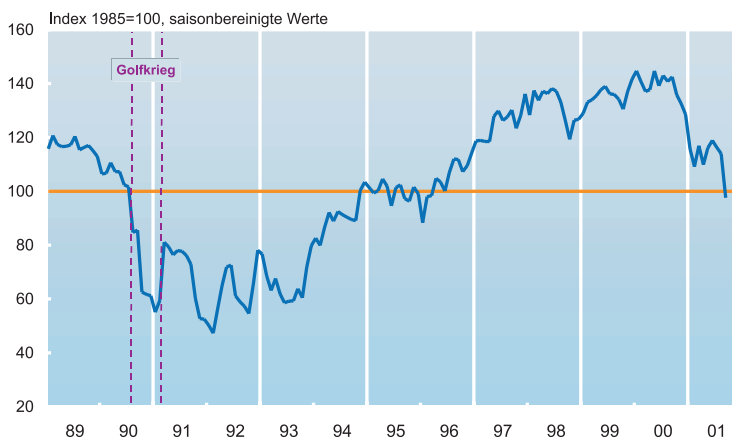
Abb. 2
ifo Konjunkturtest für Westdeutschland
Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

Quelle: Ifo Konjunkturtest.

Abb. 3
Konsumenten-Vertrauen in den USA



Quelle: The Conference Board.

ar 1991 fort. Ab März verbesserte sich die Konsumentenstimmung wieder deutlich, in den Wintermonaten 1991/1992 verschlechterte sie sich allerdings vorübergehend wieder.

Bereits vor den Terroranschlägen am 11. September 2001 hatte sich die Konsumentenstimmung in den USA deutlich verschlechtert, wobei der tatsächliche private Verbrauch im ersten Halbjahr noch relativ robust blieb. Inzwischen liegen erste Verbraucherumfragen aus den USA nach den Terroranschlägen vor. Nach den Ergebnissen einer telefonischen Sonderumfrage des Conference Board am 18. und 19. September bei über 750 Haushalten rechnen 47% der amerikanischen Konsumenten damit, dass die Tragödie in den USA zu einer Rezession führen wird. Gleichzeitig wollten aber fast 90% der Verbraucher an ihren Anschaffungsplänen festhalten. Der zuständige Forscher des Conference Board geht davon aus, dass dieser Prozentsatz sinken wird, wenn die Zahl der Entlassungen im Zusammenhang mit den Terroranschlägen steigt. Am 25. September veröffentlichte der Conference Board dann erstmals Zahlen zur amerikanischen Konsumentenstimmung, die von den Geschehnissen am 11. September teilweise beeinflusst wurden. Demnach fiel der Verbraucherindex gegenüber dem August von 114,0 um 16,4 Punkte auf 97,6; dies ist der stärkste monatliche Rückgang seit Oktober 1990 (-23,0 Punkte). Dabei unterschieden sich die Antworten, die vor den Terroranschlägen gemeldet wurden, kaum von denen, die danach eingingen. Die wichtigsten Gründe für die Verschlechterung des Verbrauchervertrauens waren der ungünstigere Arbeitsmarkt und generell verschlechterte ökonomische Bedingungen. Der empirische Zusammenhang zwischen diesem Indikator und dem tatsächlichen Konsum in den USA war in der Vergangenheit allerdings nicht sehr eng.

Wirtschaftswachstum

Schon vor Ausbruch des Golfkrieges hatte sich das Wirtschaftswachstum in den USA stark verlangsamt (Abb. 4). Zwischen dem ersten und dem dritten Quartal 1991 war das Wachstum negativ; die Arbeitslo-

senquote stieg merklich an (Abb. 5). Ab dem vierten Quartal 1991 wurde die Rezession überwunden, und es setzte ein lang anhaltender Aufschwung ein, der bis ins letzte Jahr hinein andauerte. Der Golfkrieg hatte also keinen nachhaltig negativen Einfluss auf die amerikanische Konjunktur. In Deutschland und in Europa war damals – unmittelbar nach der deutschen Einheit – das Wirtschaftswachstum noch relativ hoch. Im Jahr 1993 kam es in Deutschland und in Europa zu einer Rezession, die allerdings nichts mit dem Golfkrieg zu tun hatte.

Diesmal ist die Konjunktur in allen großen Weltregionen schwach, d.h. der Schock trifft die Weltwirtschaft in einer ohnehin sehr labilen Situation. Im ersten Halbjahr 2001 betrug die Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den USA gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum 1,9%, in Japan – 0,3%, in Europa (EU 15) 2,1% und in Deutschland 1,0%. Im zweiten Quartal 2001 lag die Produktion in den USA saisonbereinigt nur noch wenig über dem ersten Quartal. Angesichts der unmittelbaren Produktionsausfälle durch die Terroranschläge und der generell schwachen Konjunktur wird für das dritte Vierteljahr von den meisten Beobachtern ein Rückgang erwartet. Mit dem Terrorangriff auf New York wurde nämlich eine ökonomisch sehr bedeutsame Region der USA getroffen. Auf den Staat New York entfallen immerhin 8% des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts und des verfügbaren Einkommens. Die Stadt New York trägt allein mehr als 4% zum verfügbaren US-Einkommen bei, und hier sind nahezu 3% der Erwerbstätigen (außerhalb der Landwirtschaft) beschäftigt.¹

Abb. 4

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland und in den USA

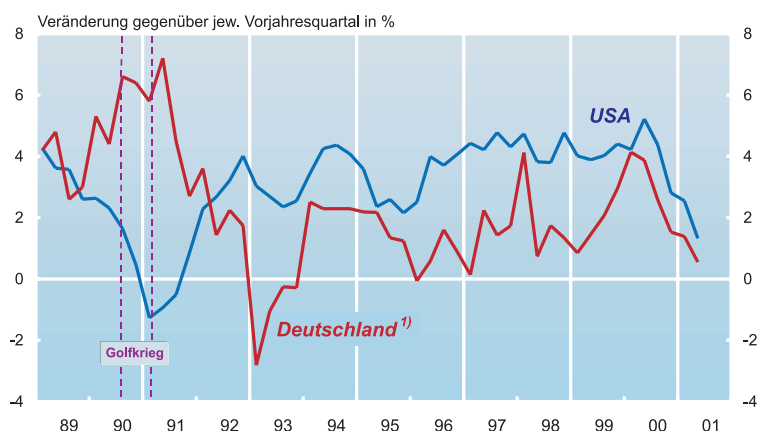
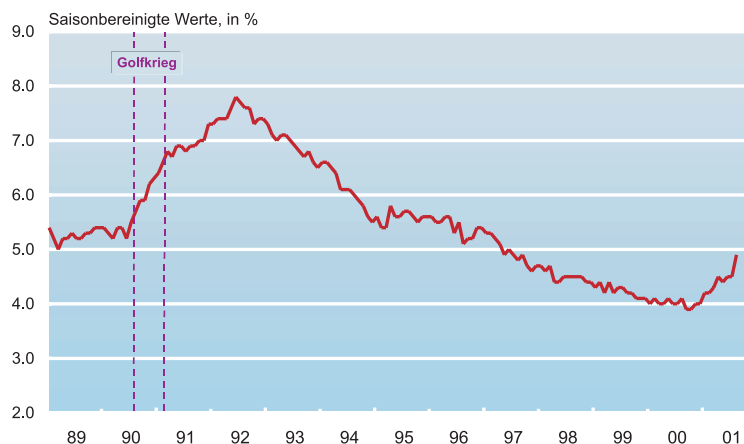


Abb. 5

Arbeitslosenquote in den USA



Ölpreis

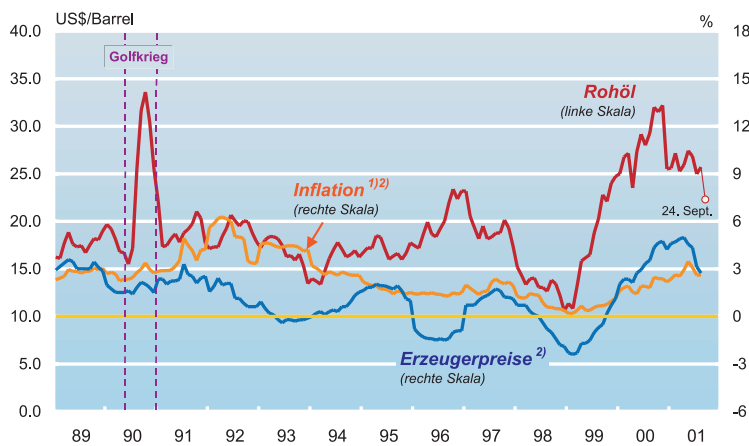
Zeitgleich mit dem irakischen Einmarsch in Kuwait im August 1990 stieg der Ölpreis sprunghaft an (Abb. 6). Im vierten Quartal 1990 lag der Preis bei über 30 Dollar pro Barrel und hatte sich damit gegenüber dem zweiten Vierteljahr verdoppelt. Aber schon während des Golfkriegs im Januar/Februar 1991 sank der Ölpreis wieder. Er lag im ersten Vierteljahr 1991 bei 23 Dollar und sank in der Folgezeit unter 20 Dollar. Maßgeblich hierfür war, dass insbesondere Saudi-Arabien, aber auch andere Ölländer die Fördermengen ausweiteten und damit die Produktionsausfälle in Kuwait und im Irak kompensieren konnten.

Gegenwärtig zeigt sich an den Ölmärkten ebenfalls eine gewisse Nervosität. Der Ölpreis ist unmittelbar nach den Terroranschlägen gestiegen, dann wieder gefallen; er lag zuletzt bei unter 25 Dollar je Barrel. Die OPEC hat signalisiert, dass sie einen etwaigen Anstieg des Ölpreises durch eine entsprechende Ausweitung der Fördermengen verhindern will. Der Ölpreis soll in der Spanne zwischen 22 und 28 US-Dollar je Barrel gehalten werden. Wenn dies tatsächlich gelingt, wäre das ein sehr wichtiger Beitrag für die Stabilisierung der Weltkonjunktur.

¹ Vgl. The Conference Board, September 11th Terrorist Attack: Economic Context, 2001, Internet: <http://www.conference-board.org/search/dpress.cfm?pressid=1081>.

Abb. 6

Preisentwicklung 1989-2001



1) Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

2) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %.

Quelle: HWWA, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

um 12%. Ab Februar 1991 stieg er wieder und übertraf bereits im August 1991 den früheren Höhepunkt. Der DAX fiel von Juli 1990 bis Dezember 1990 um 27% (Abb. 7). Anschließend stieg er zwar wieder deutlich; das Niveau vom Juli 1990 wurde allerdings wegen der anschließenden Konjunkturschwäche erst im Sommer 1993 wieder erreicht.

Im Gefolge des Terroranschlags vom 11. September ist der Dow Jones deutlich gefallen. Der DAX hat – wie auch während des Golfkriegs – noch stärker reagiert. Am 24. September 2001 lag der Schlussstand des DAX nur mehr bei rund 4 000 Punkten, dies ist der tiefste Stand seit der Asienkrise 1997. Danach kam es allerdings wieder zu einer leichten Erholung.

Aktienkurse

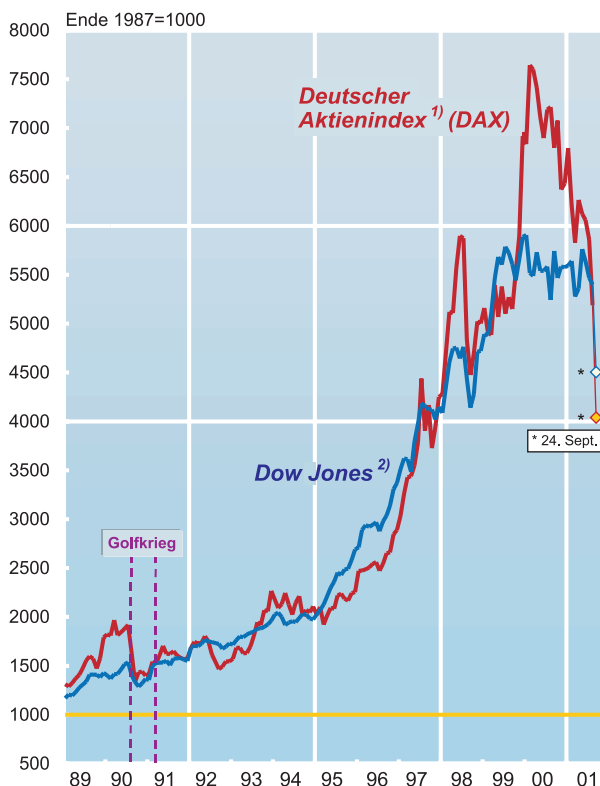
Nach dem Einmarsch des Irak nach Kuwait im August 1991 fiel der Dow Jones stark zurück, von Juli 1990 bis Januar 1991

Zinsen

In den USA sanken die kurzfristigen Zinsen tendenziell schon im Verlauf von 1990 und dann verstärkt im ersten Halbjahr 1991 (Abb. 8). Die Kapitalmarktzinsen gaben im zweiten Halbjahr 1990 noch stärker nach, der Tiefpunkt wurde während des Golfkriegs erreicht (Abb. 9). Nach einem Anstieg bis Mitte 1991 sanken sie wieder. Dies war vermutlich Folge der abnehmenden Inflationserwartungen.

Abb. 7

Börsenentwicklung in Deutschland und in den USA



1) Stand am Monatsende.- 2) Dow Jones Industrial, Monatsdurchschnitte; umgerechnet auf Dezember 1987=1000.

Quelle: Deutsche Börsen AG, Dow Jones & Company, Inc.

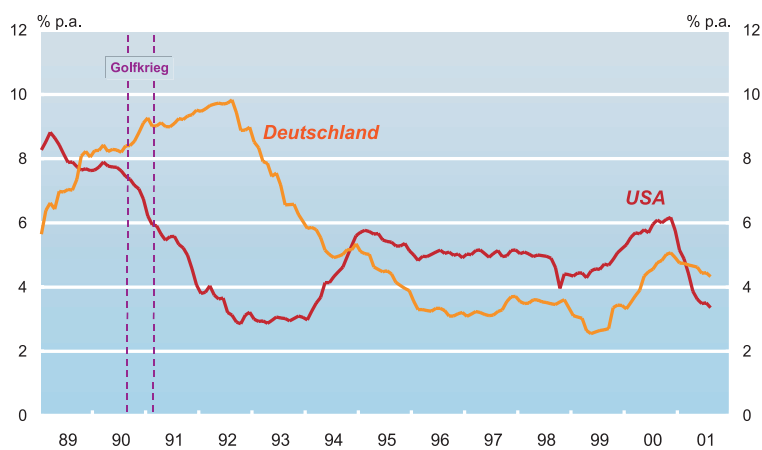
Wenige Tage nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 haben die Fed und die EZB die Leitzinsen um jeweils 0,5 Prozentpunkte auf 3,0 bzw. 3,5% gesenkt, um Kurseinbrüchen an den Finanzmärkten und schädlichen Auswirkungen der Anschläge auf die Konjunktur entgegenzuwirken.² Auch andere Notenbanken haben inzwischen die Refinanzierung der Geschäftsbanken verbilligt.

Finanzpolitik

Unmittelbar nach den Terroranschlägen hat Präsident Bush ein Ausgabenprogramm in Höhe von 40 Mrd. Dollar angekündigt. Die zusätzlichen Staatsausgaben sollen für das Militär, die innere Sicherheit und den Wiederaufbau in New York verwendet werden. Das Programm entspricht knapp 0,5% des amerikanischen BIP und hat damit ein ähnliches Volumen wie die schon früher beschlossene Steuerentlastung im nächsten Jahr. Hinzu kommt ein Programm für in Not geratene amerikanische Fluggesellschaften in Höhe von 15 Mrd. Dollar. Dieses Paket setzt sich zusammen aus 5 Mrd. Dollar Barzahlungen und

² Mit dem stärksten Zinssenkungszyklus seit zwei Jahrzehnten hat die US-Notenbank die Leitzinsen um insgesamt 350 Basispunkte gesenkt.

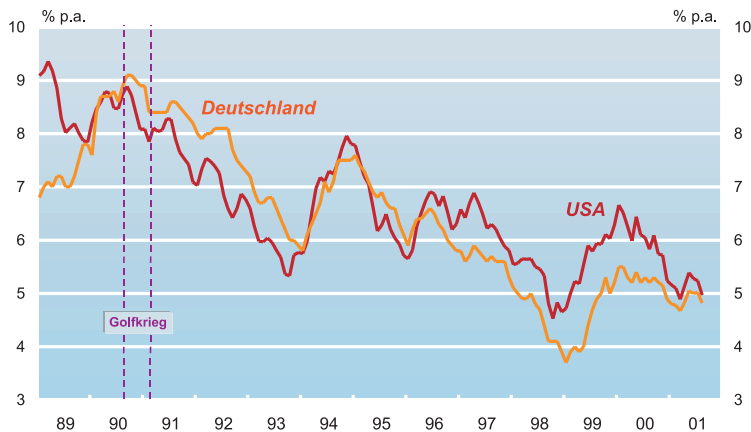
Abb. 8
Geldmarktzinsen¹⁾



1) Dreimonatsgeld.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Federal Reserve Bank of St. Louis.

Abb. 9
Kapitalmarktzinsen¹⁾



1) Öffentliche Anleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Federal Reserve Bank of St. Louis.

10 Mrd. Dollar Kreditgarantien. Möglicherweise werden nochmals Steuersenkungen beschlossen. Die amerikanische Finanzpolitik ist damit deutlich expansiver ausgerichtet als vor den Terroranschlägen, allerdings ist unklar, wie schnell die zusätzlichen Mittel verwendet werden. Auch in anderen Ländern dürften jetzt die Staatsausgaben für die innere Sicherheit und evtl. auch für das Militär ausgeweitet werden, wobei noch nicht geklärt ist, wie dies finanziert werden wird. Insgesamt dürfte die Finanzpolitik in den Industrieländern aufgrund zusätzlicher Staatsausgaben expansiver werden als vor den Anschlägen geplant war. Allerdings dürften diese zusätzlichen Ausgaben dazu führen, dass in nächster Zeit keine neuen Steuersenkungen beschlossen werden und dass auch der Druck steigt, andere Staatsausgaben einzuschränken.

In Deutschland sind seit Beginn des Jahres die direkten Steuern deutlich gesenkt worden (um rund 45 Mrd. DM oder 1,1%

des BIP). Nach den Anschlägen in den USA hat die Bundesregierung kurzfristig ein »Anti-Terror-Paket« beschlossen; sie will im kommenden Jahr 3 Mrd. DM in die Verbesserung der inneren Sicherheit investieren. Finanziert werden soll das Programm durch eine Erhöhung der Versicherungsteuer um 1 Prozentpunkt und eine Anhebung der Tabaksteuer um 2 Cent oder knapp 4 Pfennig pro Zigarette zum 1. Januar 2002. Das Geld kommt u.a. der Bundeswehr, den Nachrichtendiensten und dem Bundesgrenzschutz zugute. Die Inflationsrate wird sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts (2001) durch diese Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2002 um ca. 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte erhöhen, was umgerechnet einem Einnahmenvolumen von rund 8 Mrd. DM oder 0,2 Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts entspräche. Das ist deutlich mehr, als die Bundesregierung als Mehreinnahmen unterstellt und für das neue Programm bisher vorgesehen hat. Sie rechnet also offenbar damit, dass die betroffenen Gruppen ihren Verbrauch deutlich einschränken. Sollten die Konsumenten aber weniger preiselastisch reagieren, hätte sich die Regierung einen zusätzlichen Einnahmespielraum zur Finanzierung weiterer Mehrausgaben oder aber zur Kompensation konjunkturbedingter Steuermindereinnahmen verschafft. Im letzteren Fall würde von diesen neuen Maßnahmen – für sich gesehen – eine konjunkturdämpfende Wirkung ausgehen.

Im Jahr 1991 hatte die Bundesregierung zur Finanzierung des Golfkriegs und zur Reduzierung des einheitsbedingten hohen Staatsdefizits bzw. zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben in den neuen Bundesländern sowie zur Senkung der zusätzlichen Budgetbelastung durch die Wirtschaftshilfen für Osteuropa die Steuern kräftig erhöht. Das damalige »Steuerpaket« sah einen zeitlich befristeten Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die unbefristete Anhebung spezieller Verbrauchsteuern vor.³ Die Regierung hatte sich Mehreinnahmen im Jahr 1991 in Höhe von 18 Mrd. DM oder 0,6% des BIP (1992: 27 Mrd. DM oder 0,9% des

³ So wurde – befristet für den Zeitraum vom 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 – ein »Solidaritätszuschlag« zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5% der Steuerschuld eingeführt. Außerdem wurde zum 1. Juli 1991 die Mineralölsteuer erhöht, und zwar um 22 Pf je Liter für bleifreies Benzin, um 25 Pf/l für verbleites Benzin, um 10 Pf/l für Dieseldieselkraftstoff und um 2,34 Pf/l für leichtes Heizöl, die Erdgassteuer wurde – ebenfalls zum 1. Juli 1991 – um 1 Pf je 10 kWh angehoben. Hinzu kamen eine Erhöhung der Versicherungsteuer um 3 Prozentpunkte ab 1. Juli 1991 und der Tabaksteuer um durchschnittlich 1 Pf je Zigarette ab 1. März 1992 (vgl. Leibfritz und Nierhaus, 1991).

Effektive Kriegskosten der Alliierten und Kostenübernahme im letzten Golfkrieg

Kriegsführende Staaten	Kosten (Mrd. US-\$)	Kostenübernahme durch andere Staaten (Mrd. US-\$)	Kostenübernahme in %
USA	61,10	54,60	89,4
Großbritannien	4,45	4,30	96,6
Frankreich	1,40	1,60	114,3
Insgesamt	66,95	60,50	90,4

Quelle: Schönherr und Halbach (1991, S. 27).

BIP) erhofft. Allerdings waren schon im Januar 1991 Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmen (Anhebung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung, Erhöhung der Telefongebühren) verabschiedet worden. In der Summe beliefen sich die zusätzlichen Staatseinnahmen im Jahr 1991 auf rund 32 Mrd. DM und im Jahr 1992 auf 40 Mrd. DM (1,1% bzw. 1,3% des BIP). Für die finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik an den Kosten des Golfkonflikts wurden insgesamt gut 10 Mrd. DM gezahlt, wovon der größte Teil (8,7 Mrd. DM) an die USA transferiert wurden. Weitere Zahlungen gingen an die beiden anderen Krieg führenden Staaten Großbritannien und Frankreich sowie an Israel.

Fazit

Mit der Besetzung Kuwaits durch den Irak begann im August 1990 die Krise am Golf, die im Januar/Februar 1991 in der militärischen Operation »Wüstensturm« kulminierte. Auch damals befand sich die amerikanische Konjunktur schon vorher auf Talfahrt. Als erste Reaktion auf die irakische Invasion in Kuwait stieg der Ölpreis deutlich. Schon während des Golfkriegs ging er aber wieder zurück. Auslöser der konjunkturellen Verlangsamung in den USA vor dem Golfkrieg war die vorausgegangene monetäre Straffung, mit der die amerikanische Zentralbank der Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung entgegengewirkt hatte. In den USA waren die Auftriebskräfte zur Jahresmitte 1991 weitgehend erlahmt, obwohl der Ölpreis bereits im Frühjahr wieder auf das Niveau vor der Kuwait-Krise gefallen war und der hierdurch ausgelöste Realeinkommensentzug in den Industrieländern ebenso zu Ende ging wie die allgemeine Verunsicherung der Marktteilnehmer, die zur Verschlechterung des Konjunkturklimas beigetragen hatte. Zudem hatte bereits im dritten Quartal 1990 die Erholung der zuvor kräftig eingebrochenen Aktienkurse begonnen.

Derzeit ist die Geld- und Finanzpolitik in den USA stark expansiv ausgerichtet. Japan bemüht sich auf gleiche Weise, nur dürfte dort die Wirtschaftspolitik weniger wirksam sein, zumal die Zinsen ohnehin schon nahe Null sind. In Westeu-

ropa ist die Geldpolitik ebenfalls auf einen konjunkturstützenden Kurs eingeschwenkt. Die Finanzpolitik wirkt in diesem Jahr aufgrund von Steuersenkungen in Deutschland und auch in anderen europäischen Staaten expansiv, und bisher gibt es auch keine zusätzlichen Sparmaßnahmen, mit denen versucht wird, die wegen der schwächeren Konjunktur entstehenden Mindereinnahmen und Mehrausgaben auszugleichen. Die so genannten automatischen Stabilisatoren des öffentlichen Finanzsystems sind also – bisher jedenfalls – wirksam. Allerdings sollen nach den Empfehlungen der EU diejenigen Länder, die ihr mittelfristiges Konsolidierungsziel noch nicht erreicht haben, wie Deutschland, Frankreich und Italien, Abweichungen von den jährlichen Defizitziele der Stabilitätsprogramme begrenzen. Dies könnte die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren im derzeitigen Konjunkturabschwung einschränken. Insgesamt gesehen besteht aber doch die Hoffnung, dass die konjunkturelle Abschwächung der Weltwirtschaft trotz dieser Terroranschläge im nächsten Jahr gestoppt werden kann. Dies setzt allerdings voraus, dass die weltpolitische Situation nicht eskaliert und der Ölpreis weiterhin stabilisiert werden kann. Angesichts der gestiegenen Konjunkturrisiken muss die Wirtschaftspolitik aber sehr wachsam bleiben.

Literatur

- Leibfritz, W. und W. Nierhaus (1991), »Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Steuererhöhung«, *ifo Schnelldienst* 44 (7), 24–28.
 Schönherr, S und A.J. Halbach (1991), *Der Golf nach dem Krieg: Wirtschaft, Politik, Rüstung*, ifo Forschungsberichte der Abteilung Entwicklungsländer, Band 75.
 Statistisches Bundesamt (2001), *Auswirkungen der angekündigten Steuererhöhungen auf den Preisindex für die Lebenshaltung*, Mitteilung für die Presse, 20. September.

Die politische Bedeutung Afghanistans für die Kontrolle strategischer Rohstoffe in Asien

Siegfried Schönherr

In der Nacht zum 21. September 2001 ließ der Präsident der Vereinigten Staaten keinen Zweifel daran, dass die in Afghanistan (Islamisches Emirat von Afghanistan) regierenden Taliban eines der Ziele militärischer Aktivitäten sein werden.

Den Taliban, seit 1996 in Kabul an der Macht, wird vorgeworfen, den weltweit agierenden islamisch-fundamentalistisch inspirierten Terrorismus gegen die USA, Israel und generell den »Westen« zu unterstützen. Weniger bekannt sind die Aktivitäten Afghanistans gegenüber den zentralasiatischen Staaten der ehemaligen UdSSR und gegenüber China. Fundamentalistische und terroristische Gruppen werden in den Afghanistan nahen Gebieten Usbekistans, Tadschikistans und sogar im entfernteren Kirgisien sowie im Westen Chinas »militärisch« von den Taliban unterstützt. Die Regierung Kasachstans begründet ihren autoritären Führungsstil und die umfangreichen Einschränkungen von Bürgerrechten mit der Gefahr des »vom Ausland« gesteuerten fundamentalistischen Terrors. Tschetschenien wurde von der Taliban-Regierung als »unabhängiger Staat« anerkannt, und Tschetschenen sollen in größerer Zahl auf Seiten der Truppen der Taliban in Afghanistan am Bürgerkrieg beteiligt sein.

Am 2. Juli 2000 haben sich Russland, China, Kirgisien, Tadschikistan und Kasachstan zu einer Antiterrorallianz (Gruppe der Shanghai Five) zusammengeschlossen, um konzentrierte Maßnahmen gegen die Taliban und die von ihnen unterstützten fundamentalistischen und mit terroristischen Mitteln agierenden Gruppen in den Mitgliedsländern dieser Allianz durchzuführen.

Dem fernen Betrachter und insbesondere auch dem Ökonomen stellt sich die Frage, weshalb ein Land, das sich seit 1979 ohne Unterbrechung zunächst im verlustreichen und wirtschaftlich disastösen Krieg gegen die sowjetische Besatzung und anschließend im klassischen Bürgerkrieg befindet, ein Land, das über keine wirtschaftlichen Ressourcen (außer Drogen) verfügt und schon vor den Kriegen zu den ärmsten Volkswirtschaften der Welt zählte, als derart bedrohlich empfunden wird. Die Unterstützung terroristischer Bewegungen allein kann dies wohl kaum erklären.

Afghanistan hat etwa 25 Mill. Einwohner. Seit rund 20 Jahren gibt es keine Angaben zum Sozialprodukt. Man weiß aber, dass das Pro-Kopf-Einkommen unter 760 US-Dollar liegt. Die registrierten Exporte umfassten 1999 den äußerst niedrigen Wert von nur 111 Mill. US-Dollar, die Importe betragen 468 Mill. US-Dollar. Haupthandelspartner ist Pakis-

tan. Die Taliban hatten jedoch wirtschaftlich potente Freunde, die ihnen trotz der Armut des Landes zunächst zu beträchtlicher militärischer Stärke verhalfen und nach der Machtübernahme auch die Schaffung logistischer Voraussetzungen für die »internationalen Aktivitäten« der Taliban-Regierung ermöglichten. Neben dem militärisch starken Pakistan wurde die Taliban-Regierung von zwei weiteren Ländern anerkannt, nämlich von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Afghanistan ist also ein Armenhaus unter den Nationen, aber seine Regierung wurde zumindest in der Vergangenheit von ausländischen Freunden offensichtlich großzügig finanziert. Freilich war die ausländische Förderung der Taliban wohl weniger fundamentalistisch oder gar terroristisch motiviert, sondern sollte den Kampf gegen die Besetzung des Landes durch die UdSSR unterstützen. Schließlich fand unter dem Ziel der Befreiung des Landes auch Ussama Ibn Ladin seinen Weg nach Afghanistan.

Man könnte nun fragen, worin seinerzeit das große Interesse der Sowjetunion am armen Afghanistan bestanden hat.

Die UdSSR und Indien bildeten vor der sowjetischen Okkupation, besonders von der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi vorangetrieben, eine politische und militärische Achse, die Pakistan durch ein entsprechendes Bündnis mit China und den USA zu beantworten suchte. Durch die sowjetische Besetzung Afghanistans verschob sich das strategische Gewicht zugunsten der indisch-sowjetischen Achse und zulasten Pakistans, Chinas, aber auch der USA.

Das Interesse der UdSSR an Afghanistan war also strategischer und militärischer Natur und letztlich gegen die USA und auch China gerichtet. Der südasiatische Raum wäre – bei erfolgreicher Okkupation – unter sowjetischen Einfluss geraten. Afghanistan hatte somit als militärischer Raum für das Kräfteverhältnis der Blöcke große strategische Bedeutung. Diese ist freilich nach dem Zerfall der UdSSR mehr oder weniger obsolet geworden.

Gegenwärtig und schon lange vor den Ereignissen vom 11. September 2001 verfolgen die Amerikaner anders gelagerte strategische Interessen in der Region. So sind z.B. amerikanische Firmen an der Ausbeutung von Rohstoffreserven in Zentralasien, insbesondere im Erdölsektor Kasachstans, in erheblichem Umfang beteiligt. Die mineralischen und fossilen Lagerstätten in der zentralasiatischen Region gelten im globalen Maßstab für viele wichtige Rohstoffe als sehr bedeutend. Neben den enormen Öl- und Erdgasreserven wurden seinerzeit allein in Kasachstan 20% des Urans der Sowjetunion gefördert. Vergleicht man die Rohstoffpotentiale Kasachstans mit den gesamten Ressourcen der ehemaligen Sowjetunion, so werden diese wie folgt geschätzt:

**Geschätzte Rohstoffpotentiale in Kasachstan,
ohne Energieträger,
in % des Gesamtpotentials der ehemaligen UdSSR**

Aluminium/Tonerde	48
Kupfer	33
Blei	58
Zink	49
Mangan	21
Chrom	39
Kobalt	(bedeutsam)
Molybdän	27
Wolfram	30
Phosphat	33

Quelle: BA für Geowissenschaften und Rohstoffe, Kasachstan, Berlin 1992.

Turkmenistan verfügt über große Erdgasvorkommen, Usbekistan über zahlreiche weitere Rohstoffreserven auch im energetischen, aber vor allem im nicht energetischen Bereich. Tadschikistan exportiert Elektrizität aus Wasserkraft. Zentralasien hat somit gegenwärtig – und noch mehr in Zukunft – als Rohstofflieferant eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für den »Westen«, so dass sowohl der Verlust des Zugangs zu diesen Reserven als auch die Kontrolle der Ressourcen durch fundamentalistische Regierungen ein für den »Westen« nicht akzeptables Szenario wäre. Die Amerikaner haben nicht zuletzt beim Bau neuer Öl- und Gaspipelines ihr strategisches Interesse längst angemeldet und durchgesetzt. So präferierten Kasachstan und westliche Ölfirmen eine Verbindung des kasachischen mit dem iranischen Ölpipelinennetz und damit die Durchleitung des Erdöls zum Persischen Golf. Die USA erzwangen den Verzicht auf dieses Vorhaben und befanden sich dabei in seltener Interessenharmonie mit Russland.

Die Bevölkerungsmehrheit aller fünf zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken bekennt sich zum Islam. Die Regierungen aller fünf Staaten betrachten den gewalttätigen Fundamentalismus als akute Bedrohung, und dieser hat, so wird übereinstimmend berichtet, seine Basis in Afghanistan. Russland, China und alle zentralasiatischen Regierungen haben deshalb diesbezüglich mit den USA eine Interessenskongruenz, und dies gilt besonders auch für die Beseitigung oder zumindest Schwächung der Taliban-Regierung in Afghanistan. Eine günstige Konstellation für die Bush-Regierung! Bei Erfolg lassen sich mit einem »Schlag« zwei Ziele realisieren: die langfristige Sicherung der Rohstoffressourcen in Zentralasien und die Beseitigung einer Basis des Weltterrorismus.